

# Baupläne als Kulturgut

Heinrich Schmalbach baut in Zürich ein Architektur-Archiv für digitale Daten auf

Viele digitale Baupläne der letzten dreissig Jahre sind jetzt schon unrettbar verloren. Um dies künftig zu vermeiden, sollen im neuen Architektur-Archiv diese Daten nicht nur gehortet, sondern in vielfältiger Weise auch nutzbar gemacht werden.

ADI KÄLIN

Seit dreissig Jahren arbeiten Architekten mit CAD-Programmen. Was sie in dieser Zeit entworfen, die Pläne, die sie gezeichnet haben, sind zum Teil für immer verschwunden – zum einen, weil die Programme, mit denen sie gearbeitet haben, immer neue Updates erfahren haben und alte Daten nicht mehr lesbar sind, zum andern, weil sie beispielsweise auf alten Disketten gespeichert sind, die heute kaum ein Computer noch lesen kann. «Die meisten Daten sind nicht mehr brauchbar, wenn sie überhaupt noch vorhanden sind», sagt der Architekt Heinrich Schmalbach. Und mit den Daten verschwinde auch ein wichtiges Kulturgut.

## Die Baupläne immer dabei

Schmalbach will mit seinem digitalen Architektur-Archiv für Abhilfe sorgen. Er will aber mehr, als Daten zu sammeln und aufzubewahren. Sie sollen in ganz unterschiedlicher Art genutzt werden können – vom Hauseigentümer bis zur Wissenschaft. Die Beziehung zu den Eigentümern ist gewissermassen die kommerzielle Seite des Projekts, das als ganzes eine Nonprofit-Organisation ist. Die Eigentümer können die Pläne und digitalen Modelle ihrer Häuser oder Wohnungen im System des Archivs einlesen lassen (vorerst durch zertifizierte Architekten oder amtliche Vermesser). Damit sind die Daten nicht nur gesichert (auf einem Server der ETH notabene), sondern die Eigentümer können mit ihrem Browser auch jederzeit auf die Pläne zugreifen.

Diese können sie dann beispielsweise an Handwerker weiterreichen, für Nebenkostenabrechnungen verwenden, für die Vermarktung von Wohnungen einsetzen, gewisse Angaben an Banken



Heinrich Schmalbach vor einem digitalen Plan in seinem Zürcher Büro. ANNICK RAMP / NZZ

oder Versicherungen weiterleiten oder, wenn Umbauten anfallen, diese für das entsprechende Baugesuch einsetzen. Das Programm ist eine Eigenentwicklung und gemäss Schmalbach sehr einfach zu bedienen. «Wer mit Google Maps arbeiten kann, schafft es auch mit unserem Programm.» Wichtig ist auch, dass die Rechte an den Daten beim

Eigentümer liegen. So ist es bei Bauvorhaben jederzeit möglich, den Architekten zu wechseln.

Das digitale Architektur-Archiv ist als Verein organisiert, zu dessen Gründungsmitgliedern auch Vertreter der ETH oder der Hochschule Luzern gehören. Das hat damit zu tun, dass eine Sammlung von Gebäudedaten im ge-

planten grossen Stil natürlich auch für Wissenschaft und Bildung interessant sein kann. Zum einen könnte für die Lehre das gesammelte Fachwissen der Baukunst angezapft werden, zum andern gäben statistische Auswertungen wichtige Hinweise für die Wissenschaft oder die Politik.

Es wäre beispielsweise möglich, Wohnungstypen und deren Bewohnergruppen zu vergleichen und daraus Schlüsse zu ziehen für politische Entscheide. Es könnten aber auch Abläufe wie etwa das Baubewilligungsverfahren vereinfacht werden. Der Verein hat sich in den Statuten dazu verpflichtet, die Gewinne aus dem einen Bereich für das Kulturgut Architektur oder die Wissenschaft einzusetzen.

## Nicht den Grossen überlassen

Big Data ist momentan in aller Munde, wobei die riesigen Datensammlungen in der Regel als Bedrohung wahrgenommen werden. Auch im Architekturbereich seien einige grosse Technologiefirmen daran, eigene Sammlungen anzulegen, sagt Heinrich Schmalbach. Diesen Vorhaben will er mit seinem Projekt entgegenreten, denn es sei doch deutlich besser, solche Sammlungen in einer Nonprofit-Organisation und in einem demokratischen Umfeld aufzubauen und zu betreuen, findet er.

Das Architektur-Archiv sei «ein riesiges Projekt, das sich noch immer verändert», sagt Heinrich Schmalbach. Neue Mitglieder kommen hinzu, bringen ihre Ideen und ihren Hintergrund ins Projekt ein. Bereits ist ein deutscher Ableger gegründet worden, und auch einen internationalen Dachverband gibt es schon. Am 8. Dezember findet an der ETH ein «Kick Off Meeting» statt, an dem die Vorzüge des neuen digitalen Archivs präsentiert werden. Daneben wolle man alles sauber aufgleisen, so dass man wohl erst im nächsten Frühjahr so richtig starten könne, sagt Schmalbach. Immerhin aber bemüht sich der internationale Dachverband schon jetzt darum, eine Projektpartnerschaft mit der Unesco aufzubauen, um das Kulturgut Architektur zu dokumentieren.

Weitere Informationen: aa-int.org/ch/

# Staatsanwalt muss sich Fragen gefallen lassen

SVP-Kantonsräte haken in Zürcher «Chilli's»-Affäre nach

isc. · Angekündigt war ein Bestechungsskandal erschreckenden Ausmasses, doch viel Zählbares ist im Fall der «Chilli's»-Affäre bisher nicht herausgekommen – abgesehen von einer einzigen Verurteilung eines Sittenpolizisten. Der Staatsanwalt versucht nun mit allen Mitteln, drei weiteren Polizisten etwas strafrechtlich Relevantes anzuhängen, etwa mittels akribischer Befragungen, was ihm den Spottnamen «Staatsanwalt der tausend Fragen» («Blick») eingebracht hat.

Nun muss sich die Anklage selber kritische Fragen gefallen lassen. So wollen die SVP-Kantonsräte Roger Liebi und Claudio Schmid unter anderem wissen, ob Staatsanwälte im Kanton Zürich gegen das Prinzip der Verhältnismässigkeit verstossen dürften. Der Staatsanwaltschaft wird in der Anfrage vorgeworfen, eine sogenannte «Fishing Expedition» zu betreiben, die laut einem Gutachten von Strafrechtsprofessor und Ständerat Daniel Jositsch (sp.) illegal sei.

So hat der Staatsanwalt auf dem Handy eines verdächtigen Polizisten zwei Kurzfilme entdeckt, die er als verbotene Pornografie betrachtet. Mit den ursprünglichen Vorwürfen – Mitglieder der polizeilichen Fachgruppe Milieu und Sexualdelikte sollen mit allerlei Gegenleistungen zu Begünstigungen animiert worden sein – hat das wenig zu tun.

## IN KÜRZE

### 34-Jähriger bei Streit mit Frau schwer verletzt

amü. · Ein Schweizer ist am Montagmorgen in Dübendorf niedergestochen und dabei schwer verletzt worden. Die Zürcher Kantonspolizei hat gemäss eigener Mitteilung die mutmassliche Täterin, eine 30-jährige Schweizerin, in der Nähe verhaften können. Das 34-jährige Opfer musste derweil von der Ambulanz mit Stichverletzungen am Oberkörper in Spitalpflege gebracht werden.

### Falscher Polizist bedroht Jugendlichen in Parkhaus

amü. · Am späten Samstagabend hat ein 32-jähriger Schweizer einen Jugendlichen in Zürich Nord mit einer Soft-Air-Pistole bedroht und damit einen gefährlichen Polizeieinsatz ausgelöst. Wie die Stadtpolizei Zürich mitteilt, wurde eine ihrer Patrouillen spät abends von einem Jugendlichen alarmiert: Er sei in einem Parkhaus im Kreis 11 von einem Unbekannten, der sich als Polizist ausgegeben habe, mit einer Waffe bedroht worden. Die echten Polizisten fanden den Mann im Parkhaus; er schien bewaffnet. Sie forderten ihn mit gezogener Dienstwaffe auf, seine Pistole zu Boden zu legen, was dieser auch tat. Erst bei der Kontrolle zeigte sich, dass der Mann eine Imitationswaffe trug. Solche falschen Waffen sind verboten, weil sie nur schwer von echten Waffen unterschieden werden können.

### Postfiliale in Zollikerberg wird nicht weiterbetrieben

asü. · Die Postfiliale in Zollikerberg wird in der heutigen Form nicht weiterbestehen. Laut einer Mitteilung der Post ist der Entscheid auf die ungenügende Nutzung zurückzuführen. Im Dialog mit der Gemeinde und dem Quartierverein Zollikerberg werde das künftige Angebot geprüft. Die Post favorisiert laut der Mitteilung eine Lösung mit Postagentur, die unter dem Label «Post beim Partner» läuft. So blieben weiterhin fast alle Postdienstleistungen vor Ort erhältlich. Bis die neue Lösung umgesetzt ist, bleibt die heutige Filiale laut der Post unverändert in Betrieb.

## Weg frei für Gesprächslösung

Rekurs gegen Zumiker Entscheid für Jahrgangsklassen revoziert

wbt. · Mit einem Paukenschlag begann die Schule Zumikon im Spätsommer das neue Schuljahr. Das vor ein paar Jahren eingeführte und seither mitunter heftig kritisierte Modell des altersdurchmischten Lernens solle im nächsten Schuljahr aufgegeben werden, liess die Schulpflege verlauten. Mit einer Rückkehr zum System der Jahrgangsklassen könne man die gleiche Schulqualität erreichen; das altersdurchmischte Lernen sei auf zu wenig Akzeptanz gestossen.

Für den Entscheid erhielt die Schulpflege viel Lob. Nicht alle waren aber damit einverstanden. Ein betroffener Vater reichte beim Bezirksrat Meilen sogar einen Rekurs gegen den Schulpflege-Beschluss ein, obwohl diese Entscheidung abschliessend in die Kompetenz der Schulpflege fällt. Sein Hauptanliegen war ein Aufschub und eine breitere öffentliche Debatte. Jetzt hat er, inzwischen zum Elterndelegierten einer Klasse gewählt, den Rekurs zurückgezogen. Im Rückzugsschreiben, das der NZZ vorliegt, begründet er den Entscheid mit der Konstituierung einer Begleitgruppe des Elterngremiums, die in Zusammenarbeit mit der Schulpflege, der Schulleitung, der Lehrerschaft und der Elternschaft den Modellwechsel mitdiskutieren wird. Damit sei man einen guten Schritt weitergekommen.

# Arbeit ist die beste Integration

Der Zürcher Kantonsrat will es Flüchtlingen leichter machen, einen Job anzunehmen

sho. · Ob Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene eine Erwerbsarbeit annehmen dürfen oder sogar sollen, ist ein Dauerbrenner. Deshalb hat eine von SP, EVP und GLP im Juli 2015 eingereichte Motion nichts an Aktualität eingebüsst. Die Regierung war bereit, den in ein unverbindlicheres Postulat umgewandelten Vorstoss entgegenzunehmen. Weil die SVP auch das ablehnte, hatte am Montag der Rat zu entscheiden.

Ausgangspunkt war die tiefe Erwerbsquote unter Flüchtlingen. Dazu im Widerspruch steht insbesondere bei vorläufig Aufgenommenen, dass sie in der Praxis nicht in ihr Herkunftsland zurückkehren können und auf Dauer bleiben. Es brauche den politischen Willen, dieses brachliegende Potenzial zu nutzen, sagte Erstunterzeichner Daniel Frei (sp., Niederhasli). Arbeit sei die beste Prävention gegen soziale Isolation und gegen Kleinkriminalität.

Roland Scheck (svp., Zürich) vertrat den ablehnenden Standpunkt. Er warf den Postulanten vor, sie wollten für Asylbewerber einen Rechtsanspruch auf Arbeit schaffen. Es brauche viel, damit diese eine normale Arbeit in der Schweiz annehmen könnten. Das eigentliche Ziel sei, so Scheck, einen Bedarf nach Betreuung zu schaffen, um die «Asylindustrie» zu bedienen.

Damit war der Ton für eine phasenweise gehässige Debatte gesetzt. Wer

über Flüchtlinge schimpfe, die nichts täten, müsse bereit sein, ihnen Arbeit zu geben, erklärte Kathy Steiner (gp., Zürich). Dazu verdammt, nur herumzusitzen, komme man auf dumme Gedanken, ergänzte Jörg Mäder (glp., Opfikon). Seitens der SVP hielten Roger Liebi (Zürich) und René Isler (Winterthur) der Gegenseite vor, sie förderten eine Konkurrenz für Schweizer Arbeitnehmer. Dort verwahrte man sich dagegen, Flüchtlinge gegen Arbeitslose auszuspielen.

Nüchtern beobachteten FDP und CVP das Pingpongspiel, ohne sich daran zu beteiligen. Ihre Fraktionssprecher Lorenz Schmid (cvp., Männedorf) und

## Aus der Sitzung des Kantonsrats

Mindestkurs. Der Rat schreibt ein Postulat über die Auswirkungen des Frankenkurses auf die Zürcher Wirtschaft als erledigt ab. Die Folgen auf die Aufgabe des Mindestkurses gegenüber dem Euro im Januar 2015 seien weniger stark als erwartet gewesen, hielt Roger Liebi (svp., Zürich) als Präsident der Wirtschaftskommission gestützt auf den Bericht des Regierungsrats fest.

Greater Zurich Area. Ohne Gegenstimme wird die Abrechnung des Objektkre-

Astrid Furrer (fdp., Wädenswil) erklärten, die Situation sei tatsächlich unbefriedigend, weshalb man sie genauer anschauen solle. Wichtig sei das Signal an Flüchtlinge, wer hierher komme, müsse auch arbeiten, sagte Furrer.

Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh erklärte, auch wenn für viele Fragen der Bund zuständig sei, nehme die Regierung den Vorstoss entgegen, um den Handlungsspielraum auszuloten. Das Potenzial bei vorläufig Aufgenommenen dürfe aber nicht überschätzt werden. Der Rat überwies das Postulat mit 111 gegen 58 Stimmen. Die Regierung hat nun zwei Jahre Zeit, um einen Bericht zu verfassen.

Mindestkurs. Der Rat schreibt ein Postulat über die Auswirkungen des Frankenkurses auf die Zürcher Wirtschaft als erledigt ab. Die Folgen auf die Aufgabe des Mindestkurses gegenüber dem Euro im Januar 2015 seien weniger stark als erwartet gewesen, hielt Roger Liebi (svp., Zürich) als Präsident der Wirtschaftskommission gestützt auf den Bericht des Regierungsrats fest.

Über. Längere Zeit diskutiert der Rat über eine Interpellationsantwort zum innovativen Fahrdienst Uber. Die Meinungen sind kontrovers: Während SP und SVP betonen, Uber müsse sich an die Gesetze halten, fordern GLP und FDP ein Ende des Uber-Bashings. sho.